

Einheit in Freiheit oder Einheit durch Freiheit?

aus: vorgänge Nr. 185, Heft 1/2009, S. 59-68

1989 oder der Mut zur Erinnerungslücke

Jubiläen sind willkommene Gelegenheiten der politischen Legitimitätsbeschaffung, indem man versucht, die erinnerungspolitische Deutungshoheit über die Ereignisse der Vergangenheit zu erlangen. Zwei Ereignisse der jüngsten deutschen Geschichte - die Gründung der Bundesrepublik 1949 und die Friedliche Revolution in der DDR 1989 - bieten sich in diesem Jahr an, auf einen historischen Nenner gebracht zu werden: 60 Jahre Grundgesetz, eine "geglückte" Demokratie, und 20 Jahre einer ersten "gelungenen Revolution" in Deutschland. Dazu erklang bereits vor zwei Jahren, 2007, ein prominenter "Ruf aus Leipzig", der aufforderte, die friedliche Revolution in die "demokratische Traditionslinie der Bundesrepublik" zu integrieren und des 9. Oktober, des Datums der entscheidenden Demonstration der 70 000 in Leipzig, zu gedenken.[1]

Die bisherige Erfahrung zeigt, dass dieses Anliegen nicht ganz einfach ist. Voraussichtlich wird auch in diesem Jahr die Erinnerungskampagne zum Gedenkjahr mit der Feier des Mauerfalls am 9. November 1989 enden, mit hohen Würdenträgern auf der Bühne und fürs breite Publikum mit ein bisschen "Wunder" und "Wahnsinn". Beim letzten Mal, anlässlich des zehnjährigen Jubiläums 1999 kam es so weit, dass das offizielle Gedenken des Mauerfalls unversehens zu einer vorgezogenen Zehn-Jahres-Feier der deutschen Einheit geriet, die eigentlich erst im Jahr 2000 fällig war. Das Ereignis von 1989 war im Ergebnis von 1990 untergegangen. Nur ein riesiges schwarzes Plakat mit weißen Lettern am Alexanderplatz erinnerte über einige Wochen an das Geschehen: "Wir waren das Volk".

Von einer "unerhörten Begebenheit" schrieb schon 1992 Wolf Lepenies rückblickend auf 1989 und 1990[2]. Klang im Doppelsinn des Wortes das Außerordentliche des Ereignisses an, so klang aber auch schon das Vergebliche, Uneingelöste des historischen Moments mit. Von der Selbstverständlichkeit, mit der sich die Bevölkerung der DDR des Herbstes 1989 als Souverän erfand, war binnen weniger Jahre offenbar kaum etwas übrig geblieben. War man etwa beschämt, dass wir den Überschuss an Hoffnung, oder die genährten Erwartungen nicht einlösen konnten?

Der Mauerfall war und ist natürlich das Ereignis mit höchster symbolischer Kraft. Aber es war weder der Anfang noch das Ende der Revolution. Im schönen Bild der feiernden Menschen schwingt schon ein Hauch von Befreiung mit, in den Worten "Wunder" und "Wahnsinn" Dankbarkeit. Das was dazu gehörte, geht allerdings in dieser Party unter. In den Hintergrund tritt, dass daran nichts geschenkt war und auch noch nichts beschlossen. Vielleicht wird in diesem Jahr eine Erinnerungslücke, die Zeit der Ereignisse bis zum Mauerfall, geschlossen. Es wird in konservativen Ohren grässlich klingen, denn die "Macht der Straße" war es, die durch Mahnwachen, Blockaden, Besetzungen, Demonstrationen das Regime in den Wochen zuvor unter Druck gesetzt hatte. Aber ebenso wichtig war, dass man danach nicht aufgab - was Egon Krenz vielleicht von der allgemeinen Reisefreiheit erhofft hatte. Was also wird mit der Zeit vom November 1989 bis Oktober 1990? Es ging ja weiter, das Ringen um die Freiheiten, die in der DDR demokratische Verhältnisse etablierten und - das sei hier angemerkt - die für den Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes erforderlich waren. Die erkämpften Freiheiten, Meinungsfreiheit, Demonstrationsfreiheit, Organisationsfreiheit samt Medienzugang und freien Wahlen, waren auch nicht etwa nach den

Volkskammerwahlen im März 1990 überflüssig, sondern heftig in Gebrauch. Dass die Erinnerung an diese zuvor nie gekannte Zeit der Freiheit politischer Gestaltung und demokratischer Kultur bislang so wenig gilt, dass diese Freiheit in gewisser Weise unerhört bleibt, ist entweder ein Symptom oder ein Skandal.

"Unsere Revolution"?

Es überrascht nicht, dass 1989 von einer konservativ-nationalen Geschichtspolitik versucht wird zu vereinnahmen. Das Jahr brachte zwar nicht das Ende von 40 Jahren staatlicher Teilung, aber einen Ausblick auf eine wieder zu erlangende staatliche Einheit. Aus dieser Perspektive wird der Herbst 1989 nur zum Vorspiel, erhält die Revolution ihre Weißen durch die deutsche Einheit. Eingebunden in das finale Deutungsmuster "geeintes Deutschland" ist inzwischen sogar von "unserer", der "deutschen Revolution"[3] die Rede, in der die staatliche Einheit Deutschlands zu einem Heilsereignis wird, das alle revolutionären Erwartungen erfüllt.

Es kann nicht überraschen, dass dies auch ein Weg ist, um der friedlichen Revolution in der DDR "den Stachel einer unbequemen Erinnerung" zu nehmen. Wenn sie ihre demokratischen Weißen erst durch die Einheit erlangt, tritt der emanzipatorische Sinn und Gehalt der 89er Revolution hinter eine Geschichte zurück, "die nicht den Ostdeutschen allein gehört, sondern Teil der Geschichte aller Deutschen ist".[4]

Überraschen sollte schließlich nicht, dass auf diesem Wege nicht das historische Geschehen, sondern die fortgesetzt gepflegte Wahrnehmung zum Zuge kommt und vermutlich die besseren Karten hat. Es sind die immer wieder verbreiteten Bilder, die mehrheitlich die Deutung von 1989 bestimmen: Bilder von ostdeutschen Flüchtlingen, die im Sommer 1989 durch die offene Grenze in Ungarn in den Westen drängen, die Verkündigungsszene auf dem Balkon der Prager Botschaft, wo sich die vorweggenommene Freiheit auf bundesdeutschem Boden ereignet, und schließlich das Finale, die überwältigende Ost-West-Begegnung und Vereinigung auf der Berliner Mauer. Die Revolution wird aus dieser Perspektive mit der Einheit eins und zugleich aufgehoben. Das vorweggenommene Ergebnis macht sie zu einem gesamtdeutschen Ereignis.

Als Franz Müntefering zu Ostern in einem Interview einräumte, "dass wir 1989/90 nicht wirklich die Wiedervereinigung organisiert, sondern die DDR der Bundesrepublik zugeschlagen haben", brachte er eine Menge gegen sich auf. Aber er brachte nicht nur eine alte, längst erledigte Frage zur Sprache. Er brachte eine Realität ins Spiel, nämlich das offensichtliche, aber gehütete Geheimnis vom Scheitern einer bestimmten Vorstellung von Einheit, die von Anfang an hinter dem Begriff "Wiedervereinigung" steht: Es ist, wie der Journalist Peter Bender es einmal formulierte, die Grundannahme wie der Grundirrtum dieser Einheits-Vorstellung, dass sie unterstellt, die Ostdeutschen seien nach 40 Jahren Teilung lediglich eine verhinderte Spezies von Westdeutschen. Es ist niemand verborgen, dass weiterhin zwei Teilsellschaften in Deutschland nebeneinander her leben, dass die Angleichung der Lebensverhältnisse auf sich warten lässt und die kulturelle Fremdheit zwischen Ost und West keineswegs erledigt ist.

Sich dieser Tatsache zu stellen war und ist ein Problem. Sie wird verständlicherweise gern verdrängt und wer darauf hinweist, steht im Geruch der üblen Nachrede. Die fortgesetzte Unfähigkeit, die Ursachen, anstatt Symptome zu thematisieren, die intellektuelle Verweigerung, einmal getroffene Entscheidungen, nach Nutzen und Kosten zu überprüfen - und wenn möglich zu korrigieren, wenn der Preis zu hoch ist. Warum geht das nicht? Ist der Preis schon zu hoch?

Wir reden hier nicht vom Geld, sondern vom Preis einer bestimmten Haltung in Sachen Einheit und Freiheit. Eine Einheits-Vorstellung, die daran hindert, ungerechte Ungleichheiten zu benennen und gerechtfertigte Unterschiede anzuerkennen, schließt jene aus, die davon negativ betroffen sind oder selbstbewusst darauf bestehen. Eine Freiheits-Vorstellung, die alles was im Einigungsprozess geschah, durch die Macht des Faktischen erklärt und legitimiert, denunziert die Hoffnungen, die auf eine gelingende deutsche Einheit

gesetzt wurden und lässt die Enttäuschten als unvermeidliche Verlierer zurück.

Geschichte ist ein offener Prozess und selbstverständlich sind Einheit und Freiheit in Deutschland unvollendet. Das Grundgesetz spricht in der Präambel davon, "die Deutschen...haben...die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet" und meint die Herstellung des endgültigen Staatsgebietes, aber nicht die Verfassung der Gesellschaft, von der hier die Rede ist. Inwiefern kommt es aber auf die Verfassung an? Was Franz Müntefering zur Sprache brachte, die Weigerung, dem Land 1990 eine neue Verfassung zu geben, wie es das Grundgesetz vorsah, war eben keine Formsache. Dass damals die gemeinsame Verfassungsgebung beiseite gelegt wurde, ist der Grund, weshalb hinter der Legalität des neuen, vereinten Landes keine Legitimität für etwas Neues steht. Der Versuch, dieses Defizit durch hoch gestimmtes nationales Pathos zu übertönen, kann nur nach hinten losgehen, mit der Tendenz einer allgemeinen Entmutigung demokratischer Partizipation und der Ermutigung, die Deklassierungserfahrung, das Gefühl der Zweitklassigkeit durch nationalistisches, fremdenfeindliches Ressentiment zu kompensieren.

Gesine Schwan hat in ihrer Rede am 9. November 2008 in München daran erinnert, "dass Vergangenheit wie Gegenwart mehr Potenzial enthalten, als zur Realität wird". Es komme darauf an, "diese Potenziale unter dem Aspekt einer angestrebten Zukunft in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ausfindig zu machen". Denn: "Deutschlands Zukunft liegt nicht im Festhalten an einem aus dem 19. Jahrhundert überkommenen Nationalgefühl. Wir brauchen ein republikanisches, ein selbstbewusst zivilgesellschaftliches Nationalverständnis, das die Nation als Aktionsgemeinschaft mündiger Bürgerinnen und Bürger begreift."

1989, 1968 oder 1945: Wo fängt die gemeinsame Geschichte an?

Eine Gelegenheit, 1989 in das politische Selbstverständnis des vereinten Deutschlands nicht nur einzuverleiben, sondern es mit der eigenen Geschichte im Westen zu einer gemeinsamen zu verbinden, wurde 1999 verpasst. Es war der neuen rot-grünen Bundesregierung vorbehalten, den Berlin-Umzug der Bundesregierung durchzuführen, die praktisch einzige Veränderung von Rang, die sich die alte Bundesrepublik nach 1989 auferlegt hatte. Diese historisch-politische Vorlage für die "68er an der Macht" wurde aber nicht als Ausgangspunkt für einen Brückenschlag zwischen 1968 und 1989 genutzt. Anstatt diesen Zusammenhang als Vermächtnis der kommenden "Berliner Republik" einzuprägen, deuteten die West-68er ihren "Sieg"[5] lieber als ein fälliges Zugeständnis der Geschichte an eine Generation politisch ambitionierter Zeitgenossen.[6]

Auch das deutsche politische Feuilleton sprang damals nicht über seinen Schatten, obwohl das Fenster für eine gesamtdeutsche Aneignung des 89er Erbes weit offen stand. Vor der Bundestagswahl 1998, als der bevorstehende Abschied von der "Bonner Republik den Meinungseliten des Landes" eine Ahnung von etwas Neuem eingab, lud die Wochenzeitung "Die Zeit" namhafte Autoren zur Debatte. Die "Berliner Republik" vor Augen, sprach man von einer "Neugründung der Bundesrepublik", meinte man sogar "Züge einer nachholenden, 1989 verhinderten Verfassungsdebatte" erkennen zu können. Doch der erhoffte Brückenschlag kam nicht zustande. Stattdessen trauerte man Bonn hinterher und hegte Befürchtungen: Davon handelte gleich der erste Beitrag zur Debatte: Klaus Harpprecht über das "Niemandland"[7], das die Hauptstadt umgab, von einer "Gesellschaft ... die in ihrer Mehrheit auf die Freiheiten des Westens pfeift", Bürgern in "geistiger Heimatlosigkeit". Der Osten war immer noch die "andere Republik", trotz "Befreiung, ohne Mauer und Zaun" und 1989 wird 1945 immer ähnlicher, als ob die DDR den Krieg verloren hätte.

Schließlich: Das Ende der DDR als "Stunde Null". Diese Denkfigur war bald nach 1989 aufgetaucht. Sie versprach den "Marshall-Plan", die Währungsreform und dann das "Wirtschaftswunders" auf ostdeutschem Boden - das ganze Repertoire westdeutscher Vor- und Erfolgsgeschichte bestimmte die Vorstellungen und damit die Einhegung der "unerhörten Begebenheit" im Horizont der westdeutschen Nachkriegszeit. Dies erinnere ihn an die fünfziger Jahre, schrieb Jürgen Habermas 1991: Zukunft werde "in der

Vergangenheitsform wahrgenommen", das *déjà vu* werde geschichtswirksam. "Die Bilder von damals ... nehmen ...die Phantasie in Beschlag, deren Beweglichkeit für die Bewältigung von Zukunftsproblemen doch nötig wäre." Es sei vermutlich die Neuartigkeit des Systemwechsels, " das unerhört Neue eines solchen Übergangs", das diese "Neigung zur Regression" erkläre. Vieles erinnere an die Anfänge des Fliegens, als die "erste Generation die Luftschiffahrt in Begriffen interpretierte, die aus der Seeschiffahrt seit Langem bekannt waren." [8]

Einig waren sich das linke und liberale politische Spektrum der Bundesrepublik, dass 1989 keine der Errungenschaften der Republik in Frage stellt, 1968 eingeschlossen. Der im Osten zu vollziehende gesellschaftliche Umbau sei "nicht der Vorbote von etwas Neuem, sondern Vollendung von etwas Bekanntem", meinte der Soziologe Heinz Bude im Jahr 1999. [9] Diese Behauptung stellt einen Zusammenhang von 1989 mit der Geschichte, der westlichen Gesellschaften her, mit dem Unterschied, dass der Westen diese dem Osten voraus hat - 1968 eingeschlossen. Dazu passt, dass die 89er im Osten selbst von 1968 geprägt waren. So gesehen bedeutet die Rede von der "nachholenden Revolution", dass 1989 eine späte Erscheinungsform ein und desselben gesellschaftlichen Veränderungsprozesses ist. Was sich in vieler Hinsicht beweisen ließe, aber von der westlichen politischen Linken nie ernsthaft versucht wurde.

Der seit den 90er Jahren immer wieder unternommene Versuch konservativer Geschichtspolitik, 1989 gegen 1968 auszuspielen, sie als sich gegenseitig aufhebende und konkurrierende Ereignisse zu interpretieren, hat keinen Erfolg gehabt, was die 68er betrifft. Es hieß, der 68er-Generation seien die Ereignisse von 1989 auf dem Weg zur Macht in die Quere gekommen. [10] Umgekehrt hätten die 68er, die heute in den Chefetagen der Medien und Kulturproduktion sitzen, dafür gesorgt, den Ereignissen von 1989 die Anerkennung zu verweigern. [11] Schließlich wurden immer wieder Versuche unternommen, die 68er Revolte als das gewalttätige Gegenbild der friedlichen 89er Revolution zu präsentieren, bis dahin, dass 1968 folgerichtig in den Terror der RAF und den "Deutschen Herbst" gemündet sei. [12]

Dieses konservative Konzept konnte nicht verhindern, dass 1968 - trotz aller Kontroversen und trotz einer geringen Beteiligung der Bevölkerung an den Ereignissen und Aktivitäten - Teil der kollektiven Identität der Bundesrepublik geworden ist. Diese Auseinandersetzung und die daraus gewachsene breite Identifikation mit 1968 hatte jedoch den Preis, dass denselben Milieus der Zugang zu 1989 blockiert blieb. Das Ausbleiben einer Identifikation mit 1989, das unzweifelhaft von größter nationaler, europäischer und globaler Bedeutung ist, hat aber Konsequenzen für die demokratische Linke insgesamt, in Europa zumindest auch für die Verständigung zwischen Ost und West - oder jenem "alten" und "neuen" Europa, wie es von Weitem hieß.

Freiheit im Sozialismus probieren: Die Neuerfindung der Opposition nach 68

Biografisch waren die meisten Akteure von 1989 von den Ereignissen 1968 direkt oder indirekt politisch geprägt. Der Soziologe Wolfgang Engler nennt 1968 "die Geburtsstunde der dritten politischen Generation der DDR", [13] für die Prag, Paris und Westberlin jeweils Orte konkreter Utopien darstellten und die Verarbeitung ihres Scheiterns prägend war. Für diejenigen, die nicht resignierten, folgte daraus die Suche nach theoretischen Alternativen, die die informellen oder konspirativen Zirkel der 70er Jahre bestimmten. Dort befasste man sich mit der Geschichte des Kommunismus und Stalinismus, referierte man über neueste politische Philosophie oder studierte man die Erfahrungen neuer Bewegungen im Westen oder in der Dritten Welt: "Je deutlicher das Modernedefizit des real existierenden Sozialismus ... desto notwendiger wurde es, westliche Denktraditionen wahrzunehmen....Ein Sozialismus, der politische Demokratie, Menschenrechte, wirtschaftliche und kulturelle Wettbewerbsformen programmatisch ausschloss, war zum Scheitern verurteilt". [14] Der Historiker Stefan Wolle spricht von einer "gemeinsamen Achse der antiautoritären Revolte im Westen und der Reformdiskussion im Osten war der Versuch eines Ausbruchs aus der Logik des Kalten Krieges, die Suche nach neuen Wegen jenseits der etablierten Systeme. So entstand aus zwei unterschiedlichen Perspektiven eine virtuelle Projektion, geboren aus verschiedenen Wurzeln, aber vereinigt in der Negation der existierenden Gesellschaft. Das positive Leitbild hieß aus Mangel an einem besseren

Begriff demokratischer Sozialismus." [15]

Die "Suche nach neuen Wegen jenseits der etablierten Systeme" stand im Osten seit der Niederschlagung des Prager Frühlings auf der Tagesordnung. Innenpolitisch machte die enttäuschte Hoffnung über die Reformierbarkeit des Systems "von oben" den Weg frei für neue Formen sozialer und politischer Bewegungen "von unten" und deren Widerstand gegen entmündigende Strukturen. Es waren die Akteure des Jahres 1968, die in Polen die Komitees zur Verteidigung der Arbeiterrechte (KOR) 1976 gründeten, einem Vorläufer der "Solidarnosc". In der Tschechoslowakei formierten sie sich in der Bürgerinitiative Charta '77. In der DDR kam es Anfang der 80er Jahre in der unabhängigen Friedensbewegung zu neuen oppositionellen Organisationsformen der ehemals 68er. "Neue Wege jenseits der etablierten Systeme" hieß allem voran die Schaffung einer autonomen Öffentlichkeit als Mittel und Zweck zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation.

Das Entstehen neuer sozialer Bewegungen im Westen und einer zivilgesellschaftlichen Opposition im Osten, weisen viele Parallelen auf, wenn auch die politischen Bedingungen nicht zu vergleichen sind. Die Bewegungen reagieren ab Mitte der 70er Jahre darauf, dass die etablierten Systeme für die globalen Herausforderungen keine hinreichenden Antworten hatten, sondern sich die Widersprüche verschärften. Aus der Desillusionierung über die Reformfähigkeit des Systems wurde im Osten zunehmend die Lehre gezogen worden, dass dies nicht durch einen "Marsch durch die Institutionen" zu verändern sei, sondern nur, jenseits der kommunistischen Parteien und deren ideologischer Vorgaben und jenseits staatlicher Institutionen. Andere versuchten es unverdrossen, und kamen schließlich zu spät. Allen ging es um freie Meinungsäußerung, freie Presse, Aufhebung der Zensur, freie Wahlen, Freizügigkeit, Rechtsstaatlichkeit, unabhängige Justiz und Rehabilitierung der Opfer des Stalinismus, alles Forderungen aus dem Jahre 1968, Forderungen von Sozialisten und Kommunisten innerhalb der tschechoslowakischen KP und Reformgruppen, wie dem Manifest der "2000 Worte". [16]

Die neue Opposition, die zivilgesellschaftliche Organisationsformen suchte, unterlief zunächst systematisch die Systemfrage. Adam Michnik, Aktivist der Warschauer Studentenproteste von 1968, einer der Repräsentanten des polnischen Widerstandes wie der heutigen polnischen Demokratie, sagte rückblickend: "Kein Oppositioneller sagte vor 1989, dass wir den Kapitalismus anstreben. Niemand forderte eine Privatisierung, niemand dachte daran." [17] Auch die Opposition in der DDR einte 1989 bei vielfältigen Unterschieden der politischen Kultur und taktischen Vorgehens das Ziel eines demokratischen Sozialismus, einer "sozialen und ökologischen Demokratie", wie es in den meisten der Programme hieß. Nicht von deutscher Einheit ist in den Dokumenten der Oppositionsbewegung der DDR vor dem Fall der Mauer die Rede, sondern fast ausnahmslos von einer Gesellschaft, die sozial und demokratisch verfasst sein müsse mit den dazugehörigen Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger.

Es ging am Anfang darum Aktionsformen zu erfinden, die das staatliche Feindbild unterliefen und auch die Selbstidentifikation mit dem Feindstatus überwand. Es galt zu behaupten, dass man sich im Rahmen legitimer Anliegen und legaler Formen bewegte. Das war die Bedingung für den Aufbau dauerhafter und belastbarer Strukturen. Daraus entstand eine Fülle innovativer, heute kaum nachvollziehbarer Formen und Praktiken, die sowohl die Stärken, als auch die Schwächen der Opposition widerspiegeln.

Auf der Suche nach Spielräumen für symbolische Aktionen und praktisches Handeln stand allerdings das ganze Spektrum von Lebensformen und Lebensfragen zur Verfügung. Es ging beim Beharren auf oder Brechen von herrschenden Konventionen um deren Politisierung. Vaclav Havel hat das seinerseits in dem Buch "In der Wahrheit leben" beschrieben. Erziehungsfragen, alternative Lebensformen, praktischer Umweltschutz wie Baumpflanzaktionen waren keineswegs unpolitisch. Sie formten das Legalitätsbewusstsein, förderten eine Argumentations- und Diskussionskultur, die inklusiv, offen und nicht vorschnell konsensorientiert war, wodurch es den Teilnehmern möglich war, den "Einsatz" selbst zu bestimmen und die Gruppe geschützt wurde, für eine bestimmte Position in Anspruch genommen zu werden. Diese Diskurse, bildeten einen alternativen Raum in der Gesellschaft: So weit wie möglich öffentlich, dialogisch, ergebnisoffenen, mit nichthierarchischen Methoden gestaltet, so dass die verschiedensten Themen alternativ gedacht, geprüft und im Konflikt vertreten werden konnten.

Solange die Mittel klassischer Opposition, Parteigründung oder die Organisation von Gegenmacht in Form massiver Verweigerungsaktionen - etwa Streiks - nicht zur Verfügung standen, mussten also Formen, die an den elementaren Lebensfragen und kulturellen Selbstverständlichkeiten ansetzten, genutzt werden. Die Aufhebung des Gefühls von Ohnmacht durch das Bewusstsein von Legitimität und Kompetenz erzeugte Standfestigkeit und Argumentationsfähigkeit. Daraus erwuchs ein Legalitätsanspruch, die selbstverständliche Behauptung, bestimmte Praktiken oder Ziele ohne Gesetzes-, Verfassungs- oder Systembruch verfolgen zu können. So ermöglichte schon die Politisierung der Lebenspraxis in unterschiedlichsten Zusammenhängen und Ebenen die Erfahrung dessen, was Hannah Arendt in einem elementaren Sinn von Politik nennt: Freiheit.

Die Solidarnosc-Bewegung in Polen war Hoffnung und Lehrstück. Übertragen auf die Verhältnisse in der DDR ging es darum, auch hier zunächst eine eigene Basis, eine Struktur und Kultur für eine gesellschaftlich verankerte Opposition zu schaffen. In Polen bot diese strukturelle wie kulturelle Unabhängigkeit der Raum der katholischen Kirche. Warum sollten nicht auch in der DDR diese Rolle die Kirchen übernehmen, die von den strukturellen Möglichkeiten her partiell öffentliche, logistisch breit verankerte und in bestimmten Grenzen selbstständige Organisationen waren. Wirklich geöffnet hat sich für die Aufgabe nur die evangelische Kirche in der DDR. Das geschah nicht automatisch, sondern geschah, von Auseinandersetzungen nach außen und innen begleitet, in einem systematischen Lernprozess. Es ging darum, diese Rolle nicht nur als einen "gesellschaftsdiakonischen" Dienst zu verstehen, also den Oppositionellen "ein Dach" zu bieten, sondern die eigene Aufgabe der Kirche in der Zeit und in der Gesellschaft zu bestimmen.[18]

Die deutsche Frage stellte sich in jenen Jahren bis 1989 nicht ganz zufällig im Zusammenhang mit der Friedensfrage. Die Friedensfrage hatte einerseits in der DDR eine Schlüsselrolle in der politischen Auseinandersetzung inne, weil das Regime über diese Frage immer wieder Loyalität einforderte und die Opposition im Gegenzug dafür den Anspruch auf Freiheits- und Mitwirkungsrechte. Die Friedensfrage war also kein Ersatz, sondern ein Schlüssel für die Thematisierung der staatlichen Verhältnisse und der gesellschaftlichen Alternativen. Sie war auch Anfang der achtziger Jahre kein bloßer Vorwand. Sie bildete aber eine Brücke, eine Rück-Verbindung zu den aufgeschobenen Generationenfragen. zur gemeinsamen Vergangenheit aller Deutschen. Das Wissen um die gemeinsame Bedrohung verband jedoch nicht nur die Friedensbewegung in Ost und West, ein nationaler Konsens von unten, sondern auch von oben den Oggersheimer Helmut Kohl mit dem Wiebelskirchener Erich Honecker in der damals so genannten "Koalition der Vernunft".

Das universale Konzept von 1989 nach dem Ende der Geschichte

Wir vergessen gelegentlich, dass 1989 vor allem eine Zäsur mit globaler Bedeutung war, deren Folgen, wie wir inzwischen wissen, weit über die Intentionen der Akteure des Herbstes 1989 hinausgingen. Eine sehr einflussreich gewordene Deutung der Ereignisse von 1989 setzt von Anfang an auf deren universale Bedeutung. Francis Fukuyama, 1989 Mitarbeiter des US-Außenministeriums, wurde berühmt mit seiner These vom "Ende der Geschichte", unter der er die "völlige Erschöpfung aller Alternativen", das "Ende der ideologischen Entwicklung der Menschheit" verstand. Übrig bleibe der "Triumph des wirtschaftlichen und politischen Liberalismus"[19]. Jeglichen Versuch, etwas Neues zu beginnen, müsse man als Illusion zu erkennen. Vergangenheit bietet keine Orientierung in der Gegenwart, die "Zukunft" ist die "vollendete Gegenwart".

1989 sollte der Anfang einer neuen Epoche sein - und zwar als ein radikaler Bruch mit den seit mehr als 200 Jahren unser modernes Weltbild bestimmenden Vorstellungen eines stetigen Fortschritts, dessen Richtungssinn sich aus der Vergangenheit schließen ließe. Die Überzeugung, dass Geschichte Ausdruck einer in die Zukunft weisenden Bewegung sei, deren Ziel Verbesserung der menschlichen Gesellschaft, sei,

gehörte zum "Projekt der Moderne".

Die These vom "Ende der Geschichte" hat eine Vorgeschichte in den 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts. In dieser Periode endet in gewisser Weise die Überzeugung, dass Zukunft allgemeinen Fortschritt bringt. Zwar erscheint noch 1976 das berühmte Buch des amerikanischen Zukunftsforschers Herman Kahn, "Vor uns die guten Jahre". Das andere, berühmte Buch erschien 1972, es war der erste Bericht an den *Club of Rome*, der die "Grenzen des Wachstums" vorhersagte. Dieser Bericht markiert eine Wende. Wachsende Skepsis, ein allgemeines Krisenbewusstsein befördern nun kritisches Zukunftsbewusstsein, die Suche nach Alternativen. Der Soziologe Ulrich Beck sprach von "Risikogesellschaft", einem Leben "auf dem zivilisatorischen Vulkan", und Jürgen Habermas prägte das Wort von der "Erschöpfung der utopischen Energien"[20].

Das Bewusstsein von der Ambivalenz des Fortschritts und zunehmende Ungewissheiten korrespondierten auf der anderen Seite mit der These vom Anbruch der "Postmoderne"[21]. Dahinter steht die Behauptung, die philosophischen Systeme der Moderne seien gescheitert, das "Ende der großen Erzählungen" der Welterklärung sei gekommen. Damit verbunden war die These vom Ende der Ideologien: Es gäbe keine unterschiedlichen Werte und Interessen mehr, sondern nur noch neutrale Sachzwänge, gute oder schlechte Politik.

Der Einfluss, den postmodernes Denken auch auf die linke, insbesondere die sozialdemokratische Debatte in den 90er Jahren, hatte, spiegelt sich in damaligen Theorien des "Dritten Weges" wider. Wenn politische Ideen keine allgemeine Orientierung mehr bieten, dann gibt es, wie Anthony Giddens formulierte, nur noch Politik "jenseits von links und rechts", nicht mehr entlang sozialer Gegensätze und ökonomischer Interessen.[22] Bodo Hombach, der 1999 das "Schröder-Blair-Papier" arrangierte, verstand unter "Neuer Mitte", einen "pragmatischen Weg zwischen den Ideologien", der sich durch Anpassungsfähigkeit an veränderte Umwelten auszeichnet.[23] Es galt als das unterscheidende Merkmal dieses Reformkonzeptes, die Verhältnisse, so wie sie sind anzuerkennen - um realistische Gestaltungsspielräume zu schaffen.

Das von dem britischen Autor Timothy Garton Ash so genannte "antiutopische 1989"- im Gegensatz zum "utopischen 1968"[24] - galt als Berufungsgrundlage für einen neuen Pragmatismus der Reformer des neuen "Dritten Weges" und deren sozialdemokratische Parteien in Europa 1989. Zusammen sollte daraus eine "sozial und kulturell liberale, in politischer Hinsicht sozialdemokratische, globalisierten Variante eines reformierten Kapitalismus" hervorgehen. Seine Überlegungen schließt Timothy Garton Ash allerdings im Sommer 2008 mit einem nachdenklichen Satz, der inzwischen wohl nicht weniger nachdenklich klingt: "Im 40. Jubiläumsjahr von 1968 erleben wir allerdings, wie es bedenklich im Maschinenraum dieses erneuerten Kapitalismus rumort. Was, wenn die Probleme im nächsten Jahr schlimmer werden, gerade rechtzeitig zum 20. Jubiläum von 1989?"[25]

Es sollte der Beginn einer neuen Zeitrechnung sein - nach dem Ende der Geschichte. Diesen Neuanfang von 1989 feierte vor zehn Jahren die große amerikanische Investmentbank *Merrill Lynch* weltweit mit einer groß aufgemachten Anzeige: "Die Welt ist 10 Jahre alt". Was aber besagt nun die Tatsache, dass es heute, weitere 10 Jahre später, auch mit *Merrill Lynch* zu Ende ist?

Die Geschichte ist es offensichtlich nicht. Das große Vermächtnis von 1989 bleibt nach Ansicht von Adam Michnik angesichts der enormen Unsicherheiten in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, die Demokratie gegen das Aufkommen populistischer und nationalistischer Demagogen zu verteidigen: In Berlin sagte er vor Kurzem: "Die Krise stürzt zahlreiche Dogmen, die bislang auf den freien Markt galten. Daher muss man alles unternehmen, damit nicht auch noch das eine gestürzt wird, woran ich grenzenlos glaube: das Dogma der Menschenrechte und der Freiheit in demokratischen Staaten." [26]

[1] Ruf aus Leipzig, 18. Juni 2007; <http://www.herbst89.de/startseite/ruf-aus-leipzig.html>.

[2] Lepenies, Wolf, Folgen einer unerhörten Begebenheit : die Deutschen nach der Vereinigung, Berlin 1992.

- [3] Der Theologe und DDR-Vergangenheitsforscher Erhart Neubert lässt am Ende seines neuen Buches "Unsere Revolution" die "deutsche Revolution" gleichsam aus dem "Wunder der deutschen Sprache" fließen: "Als wir sie im Osten und im Westen auf der Suche nach Auswegen benutzten, lernten wir wiederauszusprechen, was uns am Herzen und auf der Zunge lag: Deutschland.". Vgl. Ehrhart Neubert, Unsere Revolution, 2008, München, Zürich, S. 441.
- [4] Garstecki, Joachim, Ein Stachel im Fleisch, Publik-Forum (2009).
- [5] Döpfner, Mathias, Sieg der Achtundsechziger, in: Die Welt, 28.9.1998, S. 1.
- [6] Schlauch, Rezzo, Zitat in: Berliner Zeitung, 29.9.1998, S.3: "Wir waren doch eine unheimlich politische Generation. Es wäre doch ein Treppenwitz gewesen, wenn wir übergangen worden wären."
- [7] Harpprecht, Klaus, 1998: Im Niemandsland, in: Die Zeit, vom 10.9.1998.
- [8] Jürgen Habermas, Die andere Zerstörung der Vernunft, in: Die Zeit vom 10.5.1991, S.63-64.
- [9] Heinz Bude, Kein dritter Weg, nirgends, in: Frankfurter Rundschau vom 4.11.1999.
- [10] Greiner, Ulrich, Die Neunundachtziger, in: Die Zeit, 16.09.1994, S.68.
- [11] Garton Ash, Timothy, Die späte Morgendämmerung, in: Die Zeit, Nr. 21, 15.05.2008, S.13.
- [12] von Lucke, Albrecht, 68 oder neues Biedermeier. Der Kampf um die Deutungsmacht, Berlin, 2008, S.15ff vgl. Koenen, Gerd, Das rote Jahrzehnt, Köln 2001.
- [13] Engler, Wolfgang, Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land; Aufbau-Verlag Berlin, 1999, S. 306.
- [14] Engler, Wolfgang, Ebda. S.329-30.
- [15] Wollé, Stefan, Der Traum von der Revolte. Die DDR 1968. Chr. Links, Berlin 2008. S. 239.
- [16] Vergl. Segert, Dieter, Prager Frühling, Gespräche über eine europäische Erfahrung, Wien 2008.
- [17] Michnik, Adam, Wir waren das Volk, Teil eines Vortrags auf der Konferenz "Freiheit im Blick: Europa 1989/2009" am 18./19.03.2009 in Berlin, in: Die Zeit, Nr. 11, 05.04.2009 S. 47.
- [18] Gerhard Rein, Ende November 1989, in: G. Rein (Hg.), Die Opposition in der DDR, Wichern Verlag 1989, S.9: "Auf ein besonderes Kennzeichen der Opposition möchte ich noch hinweisen, auf die Verbindung wesentlicher Oppositionsgruppen und ihrer Initiatoren zur Evangelischen Kirche in der DDR. Sie hat den kritischen Gruppen Raum gegeben, ein Dach, unter dem sie sich treffen konnten. Ohne Spannungen war das Verhältnis Kirche und Gruppen nicht, aber die vom Staat unabhängige Kirche hat sich ohne Zweifel Verdienste beim Demokratisierungsprozess erworben. Sie hat ihn mit bewirkt. Nicht nur durch den oft zitierten "Freiraum" ...".
- [19] Fukuyama, Francis, Das Ende der Geschichte?, in: Europäische Rundschau, 17.Jg.,Nr.4, Wien 1989, S. 3ff; vgl. auch Das Ende der Geschichte, München 1992.
- [20] Habermas, Jürgen, Die neue Unübersichtlichkeit, 1985.
- [21] Der Begriff geht auf Jean-Francois Lyotard zurück. Vgl. Lyotard, J-F., orig.: La Condition postmoderne:

Rapport sur le savoir, Paris 1979 ; dt.: Das postmoderne Wissen, Wien: 1999.

[22] Vgl. Giddens, Anthony,,: Jenseits von Links und Rechts, Frankfurt/Main: Suhrkamp: 1999.

[23] Vgl. Hombach, Bodo (1998): Aufbruch. Die Politik der Neuen Mitte, München: Econ

[24] Garton Ash, Timothy, Die späte Morgendämmerung, in: Die Zeit, Nr. 21, 15.05.2008, S.13.

[25] Garton Ash, Timothy, a.a.O. S.13.

[26] Michnik, Adam, a.a.O., S. 47.

<https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/185-vorgaenge/publikation/einheit-in-freiheit-oder-einheit-durch-freiheit/>

Abgerufen am: 28.04.2024